



HESSISCHER LANDTAG

06. 03. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend gemeinsam für die Rhein-Main-Region - Allianz für mehr Lärmschutz am Flughafen Frankfurt geschmiedet

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt, dass der Flughafen Frankfurt das wirtschaftliche Herzstück unseres Landes ist und bleibt: Über 70.000 Menschen arbeiten direkt am Flughafen und erhalten so für sich und ihre Familien eine Zukunftsperspektive. Für eine Vielzahl von Unternehmen ist er entscheidender Standortfaktor und Hauptgrund ihrer Ansiedlung. Seine Bedeutung als Wirtschaftsmotor ist weit über die Rhein-Main-Region hinaus unbestritten. Und sein Ausbau sichert seine herausragende Funktion im internationalen Luftverkehr. Mit seinem Betrieb sind aber auch Belastungen für die Bevölkerung verbunden, die immer wieder neu in den Blick genommen und abgewogen werden müssen.
2. Der Landtag begrüßt daher nachdrücklich die Ergebnisse der von Ministerpräsident Volker Bouffier und Verkehrsminister Dieter Posch geschmiedeten "Allianz für mehr Lärmschutz", die im Dialog und Zusammenwirken aller Beteiligten entstanden sind. Ihnen ist es damit gelungen, einen breiten Konsens zur Lärmentlastung mit den Verantwortlichen der Luftverkehrswirtschaft zu erzielen und ein Paket von 19 Maßnahmen und einem hohen freiwilligen finanziellen Engagement der Beteiligten, allein im Bereich des passiven Schallschutzes in einem Umfang von 335 Mio. €, zu schnüren. Durch diese Vereinbarung wird es für die Anwohner rund um den Flughafen spürbar leiser werden.
3. Dieses Paket setzt konsequent die Arbeit der Landesregierung zur Reduzierung des Fluglärms in den vergangenen Jahren fort: Neben den umfangreichen Regelungen des Planfeststellungsbeschlusses aus dem Jahr 2007, die u.a. die Sperrung der neuen Landebahn in der sog. "Mediationsnacht" zwischen 23 und 5 Uhr sowie restriktive Betriebsbeschränkungen für laute Flugzeuge am Flughafen vorsehen, hat die Landesregierung bereits 2001 lärmabhängige Start- und Landentgelte eingeführt. Sie wurden in zwei Stufen von 2009 auf 2011 um insgesamt 70 v.H. hochgesetzt.
4. Der Landtag begrüßt des Weiteren, dass das Land für die Errichtung eines Regionalfonds 100 Mio. € bereitstellen wird. Hinzu kommen 15 bis 20 Mio. € der Fraport AG sowie ein Darlehensvolumen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen von 150 Mio. €. Mit dieser erheblichen finanziellen Anstrengung aller Beteiligten wird es Anwohnern rund um den Flughafen ermöglicht, weit über die bisherigen Ansprüche auf passive Schallschutzmaßnahmen aus der Lärmschutzverordnung hinaus Geld für Lärmschutz zu erhalten. Ebenso wird der Schallschutzstandard in öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern oder Altenheimen deutlich verbessert werden können.

5. Der Landtag erkennt an, dass auch das von der Fraport AG 2005 aufgelegte "CASA"-Programm zum Ankauf von Immobilienbesitz durch den Flughafenbetreiber deutlich erhöht wird. Die Fraport AG wird über die zugesagten und zum Teil bereits investierten Mittel in Höhe von 250 Mio. € hinaus weitere 70 Mio. € für ein Programm "CASA 2" zur Verfügung stellen. Damit verbunden sind eine Ausweitung der Verkaufsoption auf die gesamte Breite des CASA-Gebietes sowie eine deutliche Verlängerung der Antragsfrist. Mit der Verdoppelung der Ankaufzone wird den Menschen in den höchstbelasteten Bereichen eine echte Wahlfreiheit eröffnet, ohne das Risiko des Wertverlustes für ihre Wohnhäuser dort weiterleben oder Distanz zum Flughafen schaffen zu können.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung, gemeinsam mit dem "Forum Flughafen und Region" schnellstmöglich die genauen Kriterien für die Leistungen aus dem Regionalfonds zu entwickeln, damit die finanziellen Hilfen Menschen und Kommunen noch im Jahr 2012 erreichen.
7. Aktiver Schallschutz ist aus Sicht des Landtages der beste Schallschutz, da er direkt an der Lärmquelle ansetzt. Die Veränderung der An- und Abflugverfahren werden in der Region zu deutlicher Entlastung führen. Dies umfasst bspw. die Anhebung der Gegenanflugrouten im Norden und Süden um 1.000 Fuß, die Anhebung der Anflüge im Offenbacher Osten sowie eine Ausweitung des konstanten Sinkfluges auch auf die Tageszeit. Die Konzeption und zeitnahe Einführung des "Point Merge"-Verfahrens am Flughafen Frankfurt werden weite Teile der Region von Fluglärm entlasten. Weitere Entlastungen werden durch Veränderungen der Flugrouten über Hanau/Offenbach, Mainz und Darmstadt eintreten. Zudem wird es zwischen 5 und 6 Uhr durch eine verbesserte Verteilung der Bahnnutzung insbesondere in den besonders vom Fluglärm betroffenen Bereichen zu nachhaltigen Entlastungen kommen. Mit einer vorzeitigen Ausmusterung von 32 alten B 737 und der Modifikation der Flugzeuge vom Typ Airbus A 320 leistet in diesem Zusammenhang auch die Lufthansa AG einen großen und wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Fluglärm.
8. Der Landtag bewertet auch die Ausweitung der Forschung, insbesondere zu neuen Landeverfahren, sowie die Prüfung weiterer Maßnahmen, u.a. zu veränderten oder neuen Abflugrouten, als wichtigen Baustein des Gesamtpaketes.
9. Der Landtag teilt die Einschätzung der Landesregierung, dass die stete Verringerung der Fluglärmbelastung eine zentrale Voraussetzung für die Akzeptanz des Flughafenausbaus ist. Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, in Zusammenarbeit mit dem "Forum Flughafen und Region", der "Fluglärmkommission", der Luftverkehrswirtschaft und den Betroffenen weiterhin permanent an Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms und der Betroffenheit zu arbeiten. Dieses beinhaltet auch das Ziel, den Fluglärm bzw. die Betroffenheit gegenüber dem für 2020 prognostizierten Wert deutlich zu reduzieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. März 2012

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Blum